

schaft der Welt führt. Eine solche Firma will soviel wie möglich selber machen.

Unternehmen wie die skandinavische und die Schweizer Luftverkehrsgesellschaft, im Weltmaßstab quasi Mittelständler, können hingegen gemeinsam stärker werden. Ihre Flugnetze ergänzen sich. Die Swissair bietet mehr Verbindungen in den Mittleren Osten, nach Indien und Afrika an; die SAS fliegt öfter nach Peking, Tokio oder Seattle.

Carlzon hat bereits erfahren, daß eine Partnerschaft sich durchaus lohnen kann. SAS und die US-Gesellschaft Continental bauten den Flughafen Newark in der Nähe von New York zum gemeinsamen Drehkreuz aus. SAS fliegt Newark täglich von Kopenhagen, Oslo und Stockholm aus an. Continental bietet von Newark aus ein dichtes Netz von Flügen in die Vereinigten Staaten.

Die Zusammenarbeit nützte beiden. Die SAS beförderte in diesem Frühjahr auf den Newark-Flügen 25 Prozent mehr Passagiere als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Die Zahl der Reisenden, die eine der beiden Gesellschaften für einen Anschlußflug nutzen, stieg um 41 Prozent.

Ob Kooperation ohne Kapitalverflechtung, ob Zusammenarbeit mit den Zwängen des Kapitalaustauschs – das Geschäft mit dem Lufttransport verliert zunehmend seine nationalstaatliche Verankerung, der Trend zu immer größeren Unternehmenseinheiten hat die Luftfahrtbranche voll erfaßt.

Multinationale Unternehmen steuern längst schon die Auto-, Chemie- oder Mineralölbranche. Zukünftig werden Multis auch das Fluggeschäft lenken. „Im Jahr 2000“, so ein amerikanischer Airline-Manager, „werden 15 bis 20 Großunternehmen den internationalen Flugverkehr beherrschen.“

Wohnungen

Goldener Schnitt

Immer aufwendiger subventioniert Bonn den Wohnungsbau. Der Erfolg ist keineswegs gewiß.

Die Anweisung aus dem Kanzleramt ist eindeutig. Helmut Kohl hat seine Bonner Gefolgsleute aufgefordert, den Miet-Wohnungsbau ganz schnell nach oben zu treiben – koste es, was es wolle.

Zwei Hilfsprogramme arbeiteten die Regierenden in diesem Jahr schon aus; vergangene Woche, nach der Ankunft der ersten Züge mit DDR-Flüchtlings aus Prag, machte sich Bauministerin Gerda Hasselfeldt an ein drittes. Bau-



Bauministerin Hasselfeldt
Kräftig nachgelegt

herren sollen künftig noch mehr Steuern sparen, damit die Bonner Regierung ihrem Ziel von einer Million neuen Wohnungen in den nächsten drei Jahren näherkommt.

Wer seine Scheune oder Lagerhalle zur Wohnung umbaut, kann laut Koalitionsbeschluß die Kosten in fünf Jahren steuerlich absetzen. Bis zu 60 000 Mark pro Wohnung sind für diese legale Steuerverkürzung erlaubt.

Es ist dies ein Steuergeschenk, das alles bisherige weit übertrifft. Abschreibungssätze von 20 Prozent hat es für Gebäude noch nie gegeben.

Und das ist noch nicht alles. Wer die umgebaute Scheune, samt zugeordnetem Grundstück, anschließend verkaufen will, soll das steuerfrei tun können. Eine staatliche Offerte zum goldenen Schnitt: Ein Landwirt beispielsweise baut den Stall oder die Scheune zu Wohnungen aus, schreibt alles in fünf Jahren ab und verkauft die Wohnungen anschließend nebst zugehörigem Grundstück. Billiges Ackerland wird so zu teurem Bauland, stille Reserven aus dem Betriebsvermögen werden zu privatem Bargeld gemacht.

Normalerweise schlägt der Fiskus in solchen Fällen kräftig zu; die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert der Immobilie und dem Verkaufspreis muß versteuert werden. Diesmal soll das Finanzamt untätig bleiben.

Steuerbeamte in den Bonner Ministerien sind entsetzt über „diese ungeheuerlichen steuerfreien Entnahmegewinne“, wie einer sagt. Die Kritiker werden das Riesengeschenk allerdings kaum mehr stoppen können. Die 40 000 zusätzlichen Wohnungen, die das Programm

bringen soll, werden dringend gebraucht.

Auf dem Spiel steht immerhin die Macht in Bonn. Die Wohnungsnot von Hunderttausenden könnte im nächsten Jahr zu einem wahlentscheidenden Thema werden, und Kohls Regierung hat bei der Wohnraum-Versorgung einiges nachzuholen.

Höchstens 240 000 Wohnungen werden in diesem Jahr hochgezogen. Im nächsten Jahr, so die Voraussagen der Experten, werden vielleicht 275 000 Behausungen gebaut, viel zuwenig. Der Fehlbestand, so schätzt der Deutsche Mieterbund, „wird sich dramatisch auf eine Million vergrößern“.

Die schlimmen Prognosen veranlaßten die Bonner erstmals im März dieses Jahres, das Füllhorn zu öffnen. Damals verbesserte die Regierung die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten und erhöhte zugleich die Haushaltsansätze für Sozialbauten.

Im Juli legte die neu ins Amt gekommene Gerda Hasselfeldt nach. Die Etatansätze für 1990 wurden noch einmal angehoben auf nunmehr 1,6 Milliarden Mark – mehr als das Fünffache des ursprünglich vorgesehenen Betrags. Die Zinshilfen zum Bau von 30 000 Aus- und Übersiedler-Wohnungen wurden kräftig erhöht.

Was für ein Wandel. Nach der Regierungsübernahme 1982 hatten die Christ-liberalen staatliche Wohnungsbaupolitik für überflüssig, ja schädlich erklärt. Nur Randgruppen – Behinderten, Sozialhilfeempfängern – müsse der Staat bei der Wohnungssuche helfen. Die übergroße Mehrheit im Lande werde nach den marktwirtschaftlichen Regeln von Angebot und Nachfrage besser versorgt. Bonn strich die Bausubventionen bis 1986 auf fast Null.

Viel zu spät merkten die Regierenden, was sie angerichtet hatten. Außer Eigenheimen und teuren Luxusbleiben wurde kaum noch was gebaut. 208 000 Wohnungen im Vorjahr – das ist Minusrekord seit Bestehen der Bundesrepublik.

Erst als die Wähler aus Protest in Scharen zu den Republikanern überliefen, wurden die Bonner wach. Doch Versäumtes läßt sich im Wohnungsbau nicht ruck, zuck nachholen.

Klotzen die Regierenden mit zig Milliarden, wie es Städtetag und Sozialdemokraten zum Beispiel fordern, dann treiben sie die Baupreise steil nach oben. Denn die in den letzten Jahren arg geschrumpften Kapazitäten der Branche sind längst ausgelastet. Würde Bonn andererseits weiter kleckern wie bisher, verpuffte die Wirkung der Programme. So müssen immer dickere Steuergeschenke her, um wenigstens ein paar tausend zusätzliche Bauten zu bekommen.

Die Order aus dem Kanzleramt wird beachtet. Koste es, was es wolle. ◀